

München, 01.12.2021

## Wissenschaftsausschuss macht Weg frei für Verlängerung der Corona-Sonderregelungen für Hochschulen und Universitäten

**Wissenschaftspolitischer Sprecher Christian Flisek: SPD-Forderung wird erfüllt, Studierende und Beschäftigte erhalten Planungssicherheit für Wintersemester 2021/2022**

In einer Sondersitzung am heutigen Mittwoch (01.12.) hat der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst beschlossen, den generellen Nachteilsausgleich nach Art. 99 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) für das Wintersemester 2021/22 rückwirkend vom 01. Oktober zu verlängern. Dadurch ist sichergestellt, dass Fachsemester- und damit auch Regelstudienzeit-gebundene Regeltermine und Fristen automatisch um ein Semester verlängert werden. Auch die individuelle Regelstudienzeit wird erneut ausgedehnt, um eine entsprechende BAföG-Höchstbezugsdauer sicherzustellen.

Hochschulpolitiker **Christian Flisek**: "Es ist gut, dass die Staatsregierung unserer Forderung nach einer Verlängerung der Corona-Sonderregelung nun doch nachkommt. Damit erhalten die Studierenden noch vor Weihnachten Planungssicherheit. Das ist ein wichtiges Signal an die Hochschulfamilie, die während der gesamten Pandemie einen großen solidarischen Beitrag zur Eindämmung des Corona-Virus geleistet hat." Angesichts der hohen Impfquote unter den Studierenden von über 80 Prozent und gut funktionierender Hygienekonzepte sei es sehr schade, dass nun viele Lehrveranstaltungen wieder nur digital durchgeführt würden, bedauert der SPD-Politiker. Denn die wenigsten Hochschulen verfügen laut Flisek über die nötige finanzielle, personelle und technische Ausstattung, flächendeckend hybride Veranstaltungen unter 2G-Bedingungen anzubieten.

"Viele Studierende haben mittlerweile fast die Hälfte ihrer Regelstudienzeit vor dem Bildschirm anstatt auf dem Campus verbracht. Nach zwei Monaten in Präsenz sind sie jetzt erneut die Leidtragenden des schlechten Pandemiemanagements der bayerischen Staatsregierung. Wissenschaftsminister Sibler muss jetzt alles dafür tun, dass die Hochschulen zumindest den Geimpften und Genesenen ein Präsenzangebot machen können. Dazu gehört insbesondere, dass die Hochschulen endlich zusätzliche Finanzmittel für den Ausbau hybrider Lehrangebote erhalten", fordert Flisek.